

Nur Propheten dürfen sich Szenarien ersparen

Autor(en): **[s.n.]**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische
Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **158 (1992)**

Heft 7-8

PDF erstellt am: **26.04.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-61752>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Kurz und bündig

Wenn die Ehre und Würde der russischen Bevölkerung in irgendeiner Region der GUS beeinträchtigt wird, nicht nur in Tschetschenja, werden von mir die entscheidendsten Massnahmen, bis hin zum Einsatz von Truppen, getroffen werden, um eine Diskriminierung, Übergriffe und rowdyhaftes Verhalten gegenüber Russen zu verhindern.

Pavel Gratschow, Armeegeneral und Verteidigungsminister Russlands

Wir werden jeden Zentimeter kroatischen Bodens zurückerobern, wir werden zerstörte Dörfer wieder aufbauen.

Franjo Tudjman, kroatischer Präsident

Im klassischen Sinn sind wir für einen Krieg nicht gerüstet. Doch das ist kein klassischer, sondern ein Befreiungskrieg. Es gibt genug Waffen in Kroatien, Waffen der Armee, die wir ihr abnehmen werden.

Gojko Sušak, kroatischer Verteidigungsminister

Serbien muss in die Knie gezwungen werden.

Klaus Kinkel, deutscher Bundesausserminister

Tod den Arabern.

Ruf von Trauergästen bei der Beerdigung der ermordeten fünfzehnjährigen Israelin Helena Rapp

Ich kann das nicht ausschliessen. Es kann eine Situation entstehen, die uns zwingt, militärische Massnahmen zu ergreifen.

Constantine Mitsotakis, griechischer Ministerpräsident, auf die Frage, ob der jugoslawische Bürgerkrieg den ganzen Balkan in Brand stecken werde.

Der gesunde Menschenverstand verlangt, dass die Krim wieder Teil Russlands ist... Die Dokumente, in denen die Krim 1954 der Ukraine überschrieben wurde, sind entweder durch einen Kater oder durch einen Sonnenstich zustande gekommen.

Alexander Rutzkoi, russischer Vizepräsident

Die Bundeswehr, die jahrelang mit dem Slogan «Der Frieden ist der Ernstfall» um Berufs- und Zeitsoldaten warb, hat bis heute nicht gelernt, dass zu den Eventualitäten ihrer Existenz auch der wirkliche Kampf gehört und das Bewusstsein, einen nicht im Belieben des einzelnen stehenden Auftrag gegebenenfalls unter Einsatz des eigenen Lebens und ohne Garantie einer gesunden Heimkehr ausführen zu müssen.

Alfred Biehle, Wehrbeauftragter des deutschen Bundestages

Demokratisch regierte Länder führen keine Kriege gegeneinander. Es gibt in der Geschichte kein Beispiel dafür. Wenn wir eine neue Weltordnung verwirklichen wollen, müssen wir nicht die Armee abschaffen, sondern die Diktaturen.

Margaret Thatcher, ehemalige Premierministerin Grossbritanniens

ERSCHLOSSEN EMDDOK
MF 421 / 542

Nur Propheten dürfen sich Szenarien ersparen

Bundesrat Kaspar Villiger hat sich am 27. Juni im Casino Bern an die Truppenführer gewandt. Es ging ihm um einen direkten Kontakt mit den Offizieren, welche die neue Sicherheitspolitik und vorab die Armee reform '95 im Dienstalltag umsetzen müssen. Der EMD-Chef rief dabei zur Einheit auf: «Ich erwarte, dass auch jene, welche persönlich nur zu 80 Prozent von der Reform überzeugt sind, diese hundertprozentig mittragen. Sonst kommt das Ganze ins Rutschen.» Seine Leitgedanken hat Bundesrat Villiger im nachfolgenden ASMZ-Beitrag formuliert. Die Kernaussagen des «Berner-Rapports» werden dadurch einem grösseren Kreis zugänglich.

Liebe ASMZ-Leserinnen und -Leser

Wenige Jahre nach dem Ersten Weltkrieg machten sich trügerische Hoffnungen breit. Viele riefen «Nie wieder Krieg» und hatten die Vision von einem ausgesöhnten Europa. Wehrverdrossenheit kam auf, Politiker machten sich für eine Kürzung der Militärbudgets stark. 1929/30 sah sich der damalige EMD-Chef, Bundesrat Karl Scheurer, bei einer Flugzeugvorlage massiver Opposition im Volk ausgesetzt. Zehn Jahre später brannte Europa, und die Schweizer Armee war nur unzureichend auf den Krieg vorbereitet.

Es geht mir hier nicht um eine Geschichtslektion – Parallelen zu heute sind jedoch nicht von der Hand zu weisen. Wer Verantwortung trägt, sollte sich nicht vom Zeitgeist, sondern muss sich von der Geschichte lei-

ten lassen. Um einen Weg gemeinsam gehen zu können, braucht es Orientierungshilfen. Diese will ich Ihnen mit meinen nachstehenden Erläuterungen geben.

Das veränderte Umfeld

Mit dem Zusammenbruch des Ostblocks und der Beendigung des Kalten Krieges sind zwei Dinge geschehen:

1. Eine Bedrohung in Form eines personifizierten Feindbildes gibt es nicht mehr. Damit haben wir unsere bequeme Motivationshilfe für die Militärdienste verloren. Heute kann man eine gestellte Übungsaufgabe nur noch abstrakt begründen.

2. In der Bevölkerung ist die Bedrohungswahrnehmung verschwunden. Nun lautet die Frage fälschlicherweise: Was nützt uns denn der F/A-18 gegen Überbevölkerung, Klimaveränderung, Drogenelend? Argumentationen sind nicht mehr rational, sondern emotional.

Zugegeben: Die Chancen für eine friedliche Zukunft sind grösser als jemals zuvor. Darauf baut auch unsere Sicherheitspolitik. Wir intensivieren unsere Zusammenarbeit mit den neuen Demokratien in Osteuropa, um deren wirtschaftliche und politische Stabilität zu fördern. Wir setzen auch die Armee für die Friedenssicherung ein. Indes: Alte Risiken bleiben, neue

Bundesrat Villiger zur Schweiz:

«Es gibt nach wie vor die Schweiz, zu der zu stehen es sich lohnt.»

«Der Föderalismus brachte Entscheidungskompetenz nahe zum Bürger und bündigte die Staatsmacht durch Teilung.»

«Nichts ist zurzeit in unserem Land unangefochten.»



Bundesrat Kaspar Villiger beim «Berner Rapport» am 27. Juni 1992 (Foto: Armeefotodienst)

entstehen. Ethnische Konflikte, fundamentalistische Strömungen und immer noch vorhandene riesige Waffenarsenale ergeben ein explosives Gemisch, welches in einen Flächenbrand ausarten könnte. Und dies kann schneller geschehen, als eine Milizarmee – einmal abgewrackt – wieder kriegsgenügend aufgebaut werden kann.

Bundesrat Villiger zum Verhältnis Schweiz/Europa:

«Oftmals sind es gerade jene Kreise, die immer von europäischer Solidarität reden, die unsere Verteidigung als Trittbrettfahrer ausländischen Steuerzahlern überlassen wollen.»

«Es ist eine berechnete Frage, ob Europa je bereit wäre, seine Schutzgarantien auf ein Land auszuweiten, das alle paar Jahre seine Armee abschaffen möchte.»

«Man kann doch nicht in guten Treuen behaupten, für uns sei nicht zumutbar, was zahlreiche andere Kleinstaaten in Europa schon tun oder zu tun im Begriffe sind.»

Gefährliche Spekulationen

Nüchtern analysiert, ist die Lage heute diffus und unberechenbar. Täglich liefern uns ja auch die Medien die Belege dafür. Seit die Archive in den ehemaligen Oststaaten geöffnet worden sind, wissen wir, dass das Bedrohungsbild des Kalten Krieges keineswegs sturen Militärköpfen entsprang, sondern zum Teil noch erschreckender war als vom Westen jemals angenommen.

Geschichte ist niemals vorhersehbar – und ich bin kein Prophet. Daher denke ich in Szenarien, versuche mögliche Entwicklungen in die militärpolitische Planung einzubeziehen. Wer heute behauptet, für die Schweiz gebe es auch in Zukunft keinerlei militärische Bedrohung mehr, der spekuliert in gefährlichem Masse – und zwar mit der Sicherheit und Freiheit unseres Landes.

Neutral oder europäisch?

Gerade in letzter Zeit, im Zusammenhang mit der Flugzeug-Debatte,

ist viel über Europa und die Neutralität der Schweiz nachgedacht worden. Da war von einer gemeinsamen Verteidigungsstrategie, von einem starken Militärbündnis sowie von Europa-Kompatibilität die Rede. Dazu einige Bemerkungen: Tatsache ist, dass unser Land auf absehbare Zeit noch an seiner bewaffneten Neutralität festhält. Sollte sich irgendwann eine Abkehr von dieser Politik aufdrängen, so könnten darüber weder der Bundesrat noch das Parlament allein, geschweige

Bundesrat Villiger zu Europa:

«Im zusammenwachsenden Europa ist das Problem des Ausgleichs zwischen Zentralismus und Föderalismus noch nicht gelöst.»

«Der Aufbruch Europas ist eine Chance, aber bei weitem noch keine endgültige Realität.»

«Wir wollen dazu beitragen, dass sich in Europa die Chancen realisieren.»

«Es gibt auch mit offenen Grenzen etwas zu verteidigen, und Identität kann man nicht mit Schlagbäumen bewahren.»

denn das EMD oder die Armeeführung, sondern in letzter Instanz das Volk entscheiden.

Das zweite Faktum ist, dass noch keine gesamteuropäische Sicherheitsordnung besteht, in die sich unsere Armee einbinden liesse. Die derzeit einzige existierende Militärallianz ist die NATO. Die Eingliederung in dieses Bündnis ginge jedoch nicht ohne Preisgabe der Neutralität vonstatten. Und, davon ganz abgesehen, würden uns auch erhebliche zusätzliche Verpflichtungen erwachsen. Zu meinen, ausgerechnet die reiche Schweiz könnte sich zurücklehnen, und die andern würden schon für unsere Sicherheit sorgen, wäre der Gipfel der Arroganz.

Multifunktionalität gefragt

Ob autonom oder in einem Verbund – eines ist sicher: Reduitdenken und Igelmentalität haben definitiv ausgedient. Armeen erhalten im ausgehenden Jahrtausend neue, erweiterte Aufgaben: Sie müssen ein glaubwürdiges Instrument des Krisenmanagements werden. Sie sollen niemanden bedrohen können, aber auch keine leeren Räume entstehen lassen. Solche Armeen sichern den Wandel, werden zu Stützfeilern der Chancen. Neben dem eigentlichen Verteidigungsauftrag erhalten Friedensförderung und Existenzsicherung wachsende Bedeutung.

Fortan muss unsere Armee also mehr können als bisher: Bei Bedarf Migrationsnotstände und Katastrophen bewältigen helfen, Aktionen der Vereinten Nationen aktiv unterstützen, Konferenzen im Inland sichern, sensible Objekte schützen und als ul-

Bundesrat Villiger zur Weltlage:

«Geschichte ist prinzipiell nicht vorhersehbar.»

«Wir betreiben eine Politik, welche die positiven Entwicklungen begünstigt. Sollte die Entwicklung jedoch schlechter verlaufen, muss man auch dafür gewappnet bleiben. Diese doppelte Strategie ist der Kern unserer Sicherheitspolitik.»

«Es ist kein Zufall, dass alle neuen Staaten im Osten als erstes eigene Armeen wollen.»

«Niemand darf den Wandel und die Ungewissheit militärisch für seine machtpolitischen Zwecke missbrauchen können.»

Bundesrat Villiger zur Armee:

«Eine Armee wird nur dann als sinnvoll empfunden, wenn es etwas zu verteidigen gibt: in unserem Fall die Idee Schweiz.»

«Sollten wir bewaffnet neutral bleiben wollen, müsste die Armee auch noch in 20 Jahren unser Land autonom verteidigen können.»

«Wenn ich unsere jungen Männer in den militärischen Schulen an der Arbeit sehe, macht mich das zuversichtlich.»

«Selbst der bestausgebildete Soldat kann mit der Hellebarde im modernen Gefecht nichts ausrichten.»

tima ratio das Land verteidigen. Ich bin sicher, dass die neue Schweizer Armee diese im Leitbild '95 formulierten Aufgaben zu bewältigen imstande ist. Voraussetzung ist aber, dass alle am gleichen Strick in die gleiche Richtung ziehen und das Parlament uns die notwendigen Mittel zur Verfügung stellt.

Schläge gegen Modernisierung

Will eine Armee glaubwürdig sein, braucht sie neben ausreichenden Mitteln und zeitgemässer Ausrüstung auch Übungsgelände und eine gute Ausbildung. Gegen die zwei letztgenannten Pfeiler schiessen die Armeeabschaffer mit ihrer Waffenplatz-Initiative. Diese will bedeutend mehr als eine Plafonierung der Anzahl Waffenplätze und vermehrt Umweltschutz beim Militär. Den Initianten geht es darum, jegliche Anpassung der Ausbildungseinrichtungen an die wachsenden Anforderungen und Bedürfnisse zu verhindern. Man stelle sich mal die Zukunft unseres Bildungswesens vor, wenn ein Verbot jeden Umbaus von Schulhäusern in der Verfassung verankert wäre!

Eine weitere Attacke auf unsere Landesverteidigung ist die Anfang Juni mit viel Spektakel eingereichte GSoA-Initiative. Dazu möchte ich nur folgendes sagen: Wahrscheinlich waren sich nicht alle Unterzeichner bewusst, dass sich dieses Begehren nicht bloss gegen den F/A-18 richtet, sondern jegliche Erneuerung unserer Luftwaffe bis zur Jahrtausendwende verbieten will. Dass dabei demokratische Spielregeln erheblich strapaziert wurden, gehört zum unredlichen, aber effektvollen Politspiel der GSoA, die von ihrem deklarierten Endziel «Ar-

meeabschaffung» noch kein Jota abgewichen ist.

EMD-Etat massiv rückläufig

Für zwei Abschaffungsinitiativen werden immer noch Unterschriften gesammelt:

– Bei der einen handelt es sich um die Rüstungsinitiative; diese gäbe unserer ohnehin schon arg geschrumpften Rüstungsindustrie den Todesstoss.

– Das andere Begehren verlangt eine Halbierung der Armeeausgaben; es tut so, als ob unser Militärbudget immer noch weiter wachsen würde und die verringerte Bedrohung völlig ausser acht liesse.

Dass dies nicht stimmt, lässt sich ohne weiteres belegen: Betrug der Anteil des Militärbudgets am gesamten Bundeshaushalt in den sechziger Jahren rund einen Drittel, so sind es zurzeit noch 15 Prozent, und in ein paar Jahren werden es gar nur noch 10 Prozent sein – also wahrlich keine überrissene Lebensversicherungsprämie! Als einziges Departement hat das EMD die Wachstumsraten praktisch auf Null reduziert. Und unsere Friedensdividende, bezogen auf den vorletzten Finanzplan des Bundes vom Oktober 1990 und fortgeführt bis 1997/98, liegt etwa in der Grössenordnung des F/A-18-Preises – also bei 3,5 Milliarden Franken.

Bundesrat Villiger zur Armeeform:

«Es führt nichts darum herum, zwischen Kritik von allen Seiten konsequent den geraden Weg zur Reform zu gehen.»

Die Mobilisierung von über 700 000 Mann, darunter ein Grossteil der wirtschaftlichen Elite, wäre heute nicht mehr zu verkraften.»

«Kein Verband wird aufgelöst, weil er in der Vergangenheit nicht nötig gewesen wäre oder seine Pflicht nicht erfüllt hätte.»

«Das zukunftsgerichtete Denken in Varianten ist ein Kernstück des neuen Armeeleitbildes.»

«Der Satz «kämpfen können, um nicht kämpfen zu müssen» wird auch in Zukunft richtig sein.»

«Verpflochte oder betonierte Abwehrdispositive wird es nicht mehr geben.»